

Wort auf der Solidaritätskundgebung für Israel am Samstag, 04. November 2023 in Heppenheim a.d.B.

von Pfr.i.R. Ulrich Schwemer

Persönliches

Zum ersten Mal besuchte ich Israel 1964. Ich kam für sieben Monate ins Land und traf auf ein quirliges, lebendiges und lebenshungriges Land, auf jüdische Menschen, die sich als Pioniere eines neuen, demokratischen Staates sahen.

Ich traf aber auch auf arabische Menschen, die sich jetzt in einem jüdischen Staat wiederfanden und die erlebt hatten, wie die arabischen Nachbarstaaten eigentlich nur ihre eigenen Interessen verfolgten und den Palästinensern keine Perspektive gaben. Und die auch in ihren jeweiligen Ländern den Flüchtlingen keinerlei Perspektive gaben.

Ich traf aber auch auf unendlich viele traumatisierte Holocaustüberlebende, die noch zwanzig Jahre zuvor in Hitler-Deutschland um ihr Leben bangen mussten, die erst fünfzehn Jahre zuvor den Kampf um die Errichtung des Staats Israel traumatisch erfahren haben und die erfahren mussten, dass es wiederum Aufrufe gab, die Juden zu vernichten, diesmal in der Forderung, sie ins Meer zu jagen.

Aktuell

Und heute begegnet das Trauma des Holocaust wieder.

Der Blutrausch der Mörder der Hamas, dem über 1.400 Menschen, meist Zivilisten zum Opfer fielen, die Entführung von über 200 Menschen in den Gazastreifen, lassen alte Traumata der Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten wieder wach werden. Und das Erschrecken darüber ist abgrundtief.

Es gibt Menschen, die dieses Massaker bei uns und in anderen Ländern auf der Straße bejubeln, die die Parolen der Hamas nach Befreiung der „besetzten Gebiete“ nachplappern. Die Hamas aber ist keine Befreiungsbewegung, sondern eine brutale Terrorgruppe.

Abgesehen von der Unsäglichkeit überhaupt, ein solches Massaker zu bejubeln, gegen wen auch immer:

Ob sie alle wissen, was sie damit sagen?

Mit „besetzten Gebieten“, die ihrer Ansicht nach befreit gehören, sind eben nicht nur die Gebiete der Westbank und des Gazastreifens gemeint. Gefordert wird vielmehr die sogenannte „Befreiung“ des gesamten Gebietes auf dem der Staat Israel errichtet worden ist. Es wird also die Forderung wiederholt, die Juden ins Meer zu jagen. Es wird die Vernichtung eines ganzen Volkes gefordert.

Das wäre dann eine Dimension, die sich wirklich der Unfassbarkeit des Holocaust angleicht.

Zur Geschichte

Deswegen ist es richtig und gut, dass Deutschland eindeutig auf der Seite Israels steht, das Existenzrecht des Staates Israel zur Staatsraison Deutschlands erklärt.

Damit sind Positionen, die dieses Existenzrecht Israels in Frage stellen, nicht mit dem Selbstverständnis unseres Landes vereinbar. Denn: Israel ist ein völkerrechtlich anerkannter Staat, dessen Grenzen ursprünglich allerdings viel kleiner definiert und von Israel akzeptiert waren, als sie schließlich nach dem Waffenstillstand 1949 gezogen wurden. Jetzt gab es eine Waffenstillstandslinie, die sog. „Grüne Linie“ die bis 1967 Gültigkeit hatte. Hätten die arabischen Staaten seinerzeit nicht darauf gehofft, diesen werdenden Staat sofort vernichten zu können, sondern den UNO-Teilungsplan angenommen, wäre die heutige Situation wohl nicht entstanden. Es wäre viel Leid und Blutvergießen den Menschen erspart geblieben.

Friedenssuche

Leider musste man in der Vergangenheit immer wieder erfahren, dass mögliche Friedensinitiativen hintertrieben wurden, auf beiden Seiten der Konfliktparteien. Immer wieder spielten sich die Extremisten auf beiden Seiten den Ball zu und verhinderten konsequent Wege zum Frieden, bis in die jüngste Zeit hinein.

Der tiefste Einschnitt und vielleicht der Beginn des Weges in die heutige scheinbar ausweglose Situation war wohl die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Jizchak Rabin am 4. November 1995, auf den Tag heute vor 28 Jahren.

Rabin hatte 2 Jahre zuvor am 13. September 1993 im Rosengarten des Weißen Hauses in Washington Yassir Arafat die Hand gegeben und gesagt: „Wir, die wir euch Palästinenser bekämpft haben, sagen euch heute mit klaren Worten: Es wurde genug Blut und Tränen vergossen, es ist genug!“

In Israel gab es harte Auseinandersetzungen. Bei Demonstrationen im Herbst 1995 wurden Rabin-Puppen verbrannt. An der Spitze dieser Protestbewegung stand Benjamin Netanyahu. (<https://www.deutschlandfunkkultur.de/ermordung-von-jitzchak-rabin-es-wurde-genug-blut-vergossen-100.html>, Download 01.11.2023).

Netanyahu wird das Wort zugeschrieben, eine starke Hamas sei die beste Garantie, eine Zweistaatenlösung zu verhindern. Leider erleben wir nun die Konsequenz dieser Position, die sich ja auch bei den Siedlergruppen in der Westbank finden, die aggressiv die Rechte der palästinensischen Bevölkerung hintertreiben und ignorieren.

Das Ergebnis

Eine starke Hamas kann aber auch brutalste Morde durchführen und eine gesamte israelische Gesellschaft zutiefst traumatisieren.

Und diese Tatsache wird zu Fragen führen an die Regierung, die sich in Sicherheit wiegte, sich stattdessen einen das Land spaltenden Streit um die Rechtsgrundlagen eben dieses Staates leistete und offensichtlich Warnungen aus geheimdienstlichen Quellen ignorierte.

Die Opfer dieser Fehleinschätzung sind die Bewohnerinnen und Bewohner am Rande des Gazastreifens, die brutal gemordet wurden und die jungen Leute, die einfach nur sich ihres Lebens auf einer großen Party freuen wollten und die nun tot sind.

Davor kann man eigentlich nur verstummen. Das Leid, das diese Menschen und ihre Angehörigen erleiden mussten und müssen, verschlägt einem die Sprache. Schon die wenigen Bilder des Massakers, die öffentlich-rechtlich gezeigt wurden, sind schier unerträglich. Solch grenzenloser Hass derer, die hier gemordet haben, macht ratlos. Wo sind hier überhaupt noch Worte zu finden, die einen Weg zum Frieden weisen? Oder bleibt da nur noch blanker Hass?

Und dennoch, es gibt in Israel Menschen, die sich nicht in ihre Wut und Verzweiflung zurückziehen, die selbst jetzt noch versuchen, menschlich miteinander umzugehen.

Vertrauensversuche

Manch Initiativen stellen sich der Wirklichkeit, dass so viele Menschen an den Grenzen Israels ihre Wohnungen verlassen mussten. Die Leo Baeck Schule in Haifa hatte zunächst Schülergruppen, die von ihren Ausflügen nicht mehr nach Hause zurückkehren konnten, in ihren Schulräumen aufgenommen, um sie materiell aber auch psychisch zu unterstützen. Im Verlauf der Krise vermittelte man auch für Familien Wohnungen, um ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben.

Das Kinderheim Neve Hannah in Quiriat Gat, das 25 km vom Gazastreifen entfernt liegt, musste erleben, dass auch ein ehemaliger Zögling, der in diesem Heim aufgewachsen ist, als junger Mann unter den Ermordeten der Rave-Party ist. Das Kinderheim hält dennoch seine Kontakte zu den beduinischen Familien aufrecht, mit denen man nun schon viele Jahre in verschiedenen Projekten kooperiert unter der Überschrift: „Pfad zum Frieden“.

Das Leo-Baeck-Institut in Jerusalem, das sich eigentlich um die Erhaltung des deutsch-jüdischen Kulturerbes müht, leistet nun in Zusammenarbeit mit psychosozialen Einrichtungen eine Art erste Hilfe für traumatisierte Opfer dieses barbarischen Überfalls auf unbewaffnete, zivile Menschen.

Die Organisation „Rabbiner für Menschenrechte“ hält ihre Kontakte zu arabischen Menschen in der Westbank aufrecht, unterstützt auch in diesen Tagen weiter arabische Familien bei der Olivenernte, weil diese Menschen immer wieder von aggressiven jüdischen Siedlern attackiert werden.

Konsequenzen

Was können wir hier in Deutschland tun?

Die Bilder des Krieges, die vielen Opfer, die jetzt auch durch die israelischen Angriffe zu beklagen sind, führen zu vorschnellen Identifikationen mit der einen oder der anderen

Seite. Unsere Solidarität mit Israel ist notwendig, das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden und wir haben hier eindeutig Position zu beziehen. Wir dürfen aber dennoch israelische Entscheidungen hinterfragen, die bewusst oder unbewusst Friedensinitiativen unterminieren und demokratische Rechtsgrundlagen in Frage stellen.

Auf der anderen Seite: Identifikationen mit der palästinensischen Seite hierzulande sind allzu oft von antisemitischen Narrativen gefärbt, die dann auch jüdische Menschen in unserem Land bedrohen. Dagegen haben wir uns klar zu positionieren, ohne das Leid der palästinensischen Bevölkerung zu vergessen.

Klar muss am Schluss bleiben: Für den blutigen Terroranschlag der Hamas gibt es keinerlei Entschuldigung. Mord kann nicht die Antwort einer Bewegung sein, die sich angeblich für die Rechte ihres eigenen Volkes einsetzt, letztlich aber die Zivilbevölkerung für ihre eigenen Zwecke missbraucht. Denn diese Tat hat nicht nur unendliches Leid über Menschen in Israel gebracht, sondern auch über die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen.

Und dafür gibt es keinerlei Entschuldigung!